

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 25

Artikel: Sowjetische Oppositionstexte 1970 : Beispiele aus "Chronik der laufenden Ereignisse"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beispiele aus «Chronik der laufenden Ereignisse»

Sowjetische Oppositionstexte 1970

Briefe von Wladimir Bukowskij

Offener Brief an Theodorakis

Der Schriftsteller Wladimir Bukowskij hat schon verschiedene Aufenthalte in Irrenhäusern und Gefängnissen hinter sich. Im Frühling dieses Jahres hatte man ihn nach einer dreijährigen Freiheitsstrafe entlassen, doch wurde er im Herbst erneut verhaftet. Im Westen ist er vor allem durch das Interview bekanntgeworden, das er wie Amalrik und Jakir dem amerikanischen Fernsehen gab und das auch in der Schweiz gesendet wurde.

Die «Chronik» brachte am 30. Juni zwei Briefe von Bukowskij an westliche Adressaten. Ein Schreiben an die Redaktion der «Washington Post» schildert ein «Gespräch» auf der Moskauer Staatsanwaltschaft (wegen Veröffentlichung eines Interviews mit Bukowskij durch die amerikanische Zeitung). Wir aber drucken hier den Brief an den griechischen Komponisten Theodorakis ab, weil uns die Thematik für westliche Diskussionen über den Kampf gegen Diktaturen besonders aufschlussreich scheint.

Der Adressat ist der bekannte griechische Komponist, der kürzlich aus der Haft entlassen wurde und jetzt in Frankreich lebt. Der Verfasser des Briefes kehrte anfangs 1970 aus dem KZ zurück (vergl. «Chronik» Nr. 12). Wir bringen den Text mit einigen Kürzungen.

«Sehr geehrter Herr Theodorakis,

Ich kenne Sie persönlich nicht und kann mein Urteil über Sie nur auf sowjetisches Pressematerial stützen.



Wladimir Bukowskij

... Sie verstehen besser als sonst jemand, was ein Polizeistaat oder die Verfolgung von Andersdenkenden ist und was unter solchen Bedingungen der Kampf gegen die Ungesetzlichkeit bedeutet. Als schöpferischer Mensch können Sie nicht unbeteiligt am Schicksal von Menschen vorbeigehen, die wegen ihres Schaffens der Freiheit beraubt wurden. Es kann Ihnen als ehemaliger politischer Häftling nicht gleichgültig sein, wie politische Häftlinge in andern Ländern gehalten werden; es kann Ihnen als Kämpfer für Demokratie nicht gleichgültig sein, welches das Los der Menschen ist, die offen für die Bürgerrechte auftreten.

Heutzutage sind das nicht länger die Probleme eines einzelnen Volkes, sondern allgemeinhumane Probleme...

... Die Tatsache, dass in unserem Land Andersdenkende unterdrückt werden, die Tatsache, dass man einige von ihnen in psychiatrische Gefängnis-Kliniken eingewiesen hat..., die Tatsache, dass Schriftsteller für ihre Werke und Gläubige für ihren Glauben verfolgt werden, diese Tatsachen müssen in den Augen der Öffentlichkeit eine autoritative und objektive Bestätigung erhalten. Andernfalls kann man sie als «Fälschung» oder «Verleumdung» abtun.

Sie sind ein Mensch, an dessen Objektivität und Ehrlichkeit weder die sowjetische Regierung noch die öffentliche Weltmeinung Grund zu zweifeln haben. Mehr noch, in unserm Land haben Sie sich ungemeine Popularität und Verehrung erworben. Es gibt keinen Grund, Ihnen den Besuch sowjetischer Lager, Gefängnisse und psychiatrischer Gefängnis-Kliniken zu verweigern, es sei denn, dass man die Tatsachen der Ungesetzlichkeit und Willkür vertuschen wollte. Vor einigen Jahren haben die Führer unseres Landes öffentlich erklärt, es gebe bei uns keine politischen Häftlinge. Jetzt können sie das nicht behaupten, da in der Welt die Namen vieler Menschen bekannt sind, welche in den letzten Jahren aus politischen Gründen bei uns verhaftet worden sind. Bekannt sind auch die Adressen von Lagern, Gefängnissen und Gefängnis-Spitälern, in denen sie festgehalten werden. Sie könnten die Schriftsteller Sinjawskij, Ginsburg und andere in ihrem Lager besuchen, den Schriftsteller Daniel in seiner Zelle des Wladimirow-Gefängnisses sehen (Anmerkung: Daniel ist inzwischen entlassen worden; dafür kam seine Frau Larissa ins Lager) oder zum Beispiel General Grigorenko und die Dichterin Natalja Gorbanevskaja inmitten von Verblödeten und Wahnsinnigen.

Sie könnten die Schriftsteller Amalrik und Matschenko sehen, ebenso den religiösen Publizisten Levitin-Krasnow, die Dichter Delaunay und Gabai, die zusammen mit Kriminellen eingesperrt sind. Sie könnten das Haftregime prüfen und das Essen versuchen, das die Gefangenen täglich erhalten; sie könnten den Dichter Galanskow fragen, welche medizinische Hilfe er

bekommt. Sie könnten die Haftbedingungen für politische Häftlinge in Griechenland und in der UdSSR vergleichen.

Alle diese äusserst wichtigen Angaben wären unbedingt an die Öffentlichkeit zu bringen, als neuer Beitrag für den Kampf um Bürgerrechte und Demokratie, vor allem aber als Hilfe für jene, welche unschuldig leiden.

Die Sowjetregierung kann Ihnen wohl den Besuch der Strafanstalten verweigern, aber das Einreisevisum wird sie Ihnen kaum verweigern. Dann bin ich bereit, Ihnen etliche ehemalige politische Häftlinge vorzustellen, die lange Jahre in den erwähnten Anstalten verbracht haben und bereit sind, wahrheitsgetreue Aussagen zu machen...

Als ehemaliger politischer Häftling wende ich mich an Sie als ehemaligen politischen Häftling mit dem Aufruf, unseren Kameraden, den politischen Häftlingen in der UdSSR, zu helfen...»

Zur Einweisung von Jaurès Medwedew in eine psychiatrische Klinik

15. Juni.
Brief des Schriftstellers A. I. Solschenizyn

Die Einlieferung des international bekannten Biologen Jaurès Medwedew in eine psychiatrische Klinik hatte im Unterschied zu andern Fällen von paralleler Polizeiwilkkür diesen Sommer zu einem relativ starken Solidarisierungseffekt auch unter jenen intellektuellen Kreisen geführt, die sich sonst an Eingaben und Protesten nicht beteiligen. Neben individuellen Protesttelegrammen an die lokalen Verantwortlichen kam es auch zu einem offenen Brief von zwanzig Wissenschaftlern, der im Samisdat zirkulierte. Daneben fehlten auch die Äusserungen der schon bekannten oppositionellen oder halboppositionellen Persönlichkeiten nicht. Der Atomphysiker Sacharow verfasste eine Verteidigung Medwedews, deren relativ vorsichtige Formulierungen eine «potentielle Gefahr für die sowjetische Demokratie» beschwören. In völligem Klartext schrieben Bürgerrechtler und andere exponierte Leute, von denen etliche seither wieder eingesperrt wurden.

Am unverhohlenen aber wirkt vielleicht der Protest des Literatur-Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn, der das sowjetische Vorgehen gegenüber Andersdenkenden den Methoden Hitlers gleichsetzt. Sein Brief erschien in der «Chronik» Nr. 14 vom 30. Juni 1970. Nach Lektüre dieses Briefes versteht man, warum ihn die Sowjets am liebsten ebenso ausbürgern würden wie 1966 Valerij Tarsis, mit dem sie ihn ausdrücklich verglichen haben.



Alexander Solschenizyn

So also leben wir: Ohne jeden Haftbefehl oder medizinische Begründung erscheinen bei einem gesunden Menschen vier Milizionäre und zwei Aerzte. Die Aerzte erklären, er sei geisteskrank, und der Polizei-Major brüllt: «Wir sind ein Organ der Gewalt! Aufstehen!», drehen ihm die Arme auf den Rücken und führen ihn ins Irrenhaus.

Das kann morgen einem jeden von uns passieren. Und nun geschah es mit Jaurès Medwedew, einem Genetiker und Publizisten, einem Menschen mit elastischem, exaktem, brillantem Intellekt und gutem Herz (ich weiss persönlich von seiner selbstlosen Hilfe an unbekannte hilflose Kranke). Gerade die Vielseitigkeit seiner Begabungen wird ihm als Anomalität angerechnet: «Bewusstseinspaltung!» Gerade seine Anteilnahme für Opfer der Ungerechtigkeit oder Dummheit hat sich als krankhafte Abweichung erwiesen: «Mangelhafte Adaptation an das soziale Milieu!» Wenn einer nicht so denkt, wie es dekretiert ist, kann er nicht normal sein! Adaptierte sind in ihrem Denken gleichgeschaltet. Dagegen ist nichts zu wollen; sogar die Bemühungen unserer besten Wissenschaftler und Schriftsteller prallen ab wie die Erbse von der Wand.

Wenn dies noch der erste solche Fall gewesen wäre. Sie ist aber schon in Mode gekommen, diese krumme Art, ohne Schuldnachweis mit jemandem abzurechnen, als ob man sich schämen müsste, den Grund zu nennen. Einzelne, die das erlitten haben, sind weitherum bekannt, sehr viel mehr sind unbekannt. Uebereifrige Psychiater brechen ihren Eid und klassifizieren als «Geisteskrankheit»

— sowohl Interesse für gesellschaftliche Probleme als auch

— übermässiges Temperament oder übermässige Kaltblütigkeit,

— allzu hervorragende Fähigkeiten oder ihren Mangel.

Allein schon der gesunde Menschenverstand müsste sie davon abhalten, das zu tun. Man hat seinerzeit Tschaadajew nicht angerührt — und noch so verfluchen wir seine Verfolger seit

einem Jahrhundert als Henker. Es wäre an der Zeit zu erkennen: die Zwangseinlieferung freidenkender, gesunder Menschen in Irrenhäuser ist geistiger Mord, ist eine Variante der Gaskammer, eine noch grausamere sogar, denn die Qualen der Opfer sind bösartiger und dauern an. Man wird diese Verbrechen sowenig vergessen wie die Gaskammern, und alle daran Beteiligten werden ohne Verjährung, lebendig oder tot, dafür verurteilt werden.

Sogar bei Willkürakten und Greuelthaten müsste man doch die Grenze gewahren, bei deren Ueberschreiten der Mensch zum Kannibalen wird!

Es ist eine Milchmädchenrechnung, dass man das ganze Leben durch einfach nur auf die Gewalt zurückgreifen und den Widerstand des Gewissens missachten könne.

(Bis hierher der Text Solschenizyns. Die «Chronik der laufenden Ereignisse» schildert ihrerseits die «psychiatrische Verhaftung» Medwedews in in einem eigenen Bericht:)

Am Abend des 29. Mai wurde Jaurès Medwedew aus seiner Wohnung in Obninsk (Gebiet Kaluga) zur «Expertise» und «Beobachtung» in die städtische psychiatrische Klinik von Kaluga abgeführt.

Mit einer Gruppe von Milizfreiwilligen unter Führung eines Majors betreten der Chefarzt Liwschiz von der psychiatrischen Klinik Kaluga und der Psychiater Kirjuschin aus Obninsk die Wohnung. Ohne irgendwelche Dokumente oder ärztliche Zeugnisse vorzuweisen, forderten sie J. Medwedew auf, mit ihnen zur psychiatrischen Expertise nach Kaluga zu fahren. Er lehnte ab und sagte, er werde zwar keinen Widerstand leisten, aber auch nicht freiwillig sein Haus verlassen. Die anwesenden Kollegen Medwedews gingen an, den Milizionären Verletzung der Gesetzlichkeit vorzuwerfen, doch der Major antwortete darauf: «Wir sind ein Organ der Gewalt; Sie können sich beschweren bei wem Sie wollen.» Vor den Augen seiner Frau, seiner Kinder und seiner Freunde drehte man J. Medwedew die Arme auf den Rücken und führte ihn ab. J. Medwedew hat nie unter irgendwelchen psychischen Störungen gelitten und war nie in psychiatrischer Behandlung.

Aus der Geschichte der sowjetischen Zensur

Die nachfolgende Buchbesprechung, die in der «Chronik» Nr. 14 vom 30. Juni erschienen ist, erinnert daran, dass im Samisdat nicht nur relativ kurze Manuskripte verbreitet werden, sondern in Einzelfällen auch regelrechte Bücher. In diesem Falle handelt es sich offenbar um ein streng wissenschaftliches Werk, das sich unter ausgiebiger Berufung auf einwandfrei sowjetische Quellen mit der Frühgeschichte der sowjetischen Zensur befasst. Höchst bemerkenswert ist an der vorgestellten Arbeit noch etwas anderes: Sie zeigt, dass die kritische Analyse ethlicher Intellektueller schon längst nicht mehr bei der Denunzierung von Stalinismus und Neostalinismus haltmacht, sondern mit seziererischer Kälte auch die Entmythologisierung Lenins vornimmt, von dem man nur im Westen meint, dass er in der UdSSR unangefochten sei.

Die kursiv gesetzten Anmerkungen sind von der ZB-Redaktion, die übrigen Klammerbemerkungen von der «Chronik».

«Besteht in der Sowjetunion eine Zensur?» Samisdat-Sammelband von Dokumenten aus den Jahren 1917 bis 1922 mit einem anonymen Vorwort. Leningrad 1970.

«... die Menschen unserer Zeit sollten wissen, zum Preise welcher Opfer die Arbeiterklasse unseres Landes das Recht auf eine freie Presse eroberte», hiess es im Vorwort zum Sammelband «Die bolschewistische Presse in den Fängen der zaristischen Zensur 1910 bis 1914» (Leningrad 1939). Man sollte ebenfalls wissen, zu welchem Preis dieses Recht verloren wurde.

Der Band enthält Dokumente aus der Anfangsetappe (1917 bis 1922) der Sowjetzensur.

I

«Erlass über die Presse» und «Allgemeine Verordnung über die Presse», unterschrieben von Lenin am 27. Oktober (9. November) 1917. Das Verbot der nichtbolschewistischen Presse und die Einschränkungen durch die Zensur sind vorläufige, ausserordentliche Massnahmen: «Sobald die neue Ordnung gefestigt ist, werden alle administrativen Einwirkungen auf die Presse aufgehoben werden; sie wird innerhalb ihrer Verantwortlichkeit vor Gericht in den Genuss voller Freiheit kommen, gemäss einem diesbezüglichen, möglichst weit gefassten und höchst progressiven Gesetz... Die gegenwärtige Lage ist vorläufigen Charakters und wird beim Eintreten normaler Bedingungen des gesellschaftlichen durch einen besonderen Erlass aufgehoben werden» (der «besondere Erlass» ist bekanntlich bis heute nicht erschienen). Es folgt in Auszügen die Debatte über diese Frage an den Sitzungen des WZIK (Allrussisches Zentral-Exekutivkomitee) der Räte und der Arbeiter- und Armeedeputierten (Zitate aus den Debatten nach dem Buch «Protokolle der WZIK-Rätesitzungen der Arbeiter-, Armee-, Bauern- und Kosakendeputierten der zweiten Einberufung», Moskau 1918).

II

Auszüge aus den Erinnerungen von D. A. Lutochin, Redaktor der Zeitschriften «Economist» und «Utrennik» («Archiv der russischen Revolution», Band XII, Berlin 1923, russisch) und aus dem Buch «Private Verlage in Sowjetrussland» (Petrograd 1921, Sonderdruck). Dieses Kapitel betrifft im wesentlichen die Zeit des Ueberganges zur NEP und die Zeit der Abschaffung der Bürgerkriegs- und Revolutionszensur. In dieser Zeit (1921) erfüllte der Gosizdat (Staatsverlag), gegründet 1919 von W. Worowskij, danach geleitet von N. Meschtscherjakow und I. Skowrzw-Stepanow) die Funktionen der Zensur; er bestand als Abteilung des Narkompros (Volkskommissariat für Volksbildung = Erziehungsministerium). In diesem Kapitel ist auch die Rede von der Rolle, die der Agitprop des ZK der RKP und die Presseabteilung des WtschK-GPU (Sicherheitsdienst) in der Zensur spielten. Weiter wird eine Liste der Erlasse aufgeführt, welche die private verlegerische Tätigkeit einschränkten (über das staatliche Monopol bezüglich Anzeigen 1917 bis 1918, über die obligatorische Veröffentlichung offizieller Mitteilungen usw.). Zitiert werden: N. Lissowskij, der

▶▶▶

Die politische Meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Mit Heft 133 (November/Dezember 1970) beginnt am Ende des 15. Jahrgangs im neuen graphischen Gewand ein neuer Abschnitt der bekannten «Zeitschrift für Diskussionen».

Aus Heft 133:

Alfred Müller-Armack
Otto B. Roegele
Franz Nuscheler/Winfried Steffani
Rüdiger Altmann
Hans Maier
Friedrich H. Tenbruck

**Ist die Inflation unser Schicksal?
Mehr und besser informieren
Opposition als Alternativregierung
Die Wandlung der Union
Die andere Bildungskatastrophe
Im Irrgarten der Soziologen**

Umfang 108 Seiten

Preis DM 4.—

Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Eichholz-Verlag GmbH Bonn

D - 53 Bonn — Postfach 458

Pressekommissar für Petrograd; W. Ja. Brjusow, der Leiter der LITO (Abteilung Literatur des Akademischen Zentrums beim Volkskommissariat für Volksbildung); A. Serafimowitsch, einer der ersten «ungestümen Eiferer» für die Oktober-Errungenschaften auf dem Gebiet der Presse; M. K. Lemke, Verfasser verschiedener Arbeiten über die zaristische Zensur und laut zeitgenössischen Aussagen einer der Theoretiker der sowjetischen Zensur-«Ordnung».

III

«Beschluss über den Glawlit (*Hauptverwaltung Literatur und Verlagswesen*) und seine lokalen Organe» (Gesetzessammlung 1922, Nr. 40, Artikel 461; ebenfalls veröffentlicht in der «Iswestija» Nr. 137 vom 23. Juni 1922). Solange der Gosizdat (*Staatsverlag*) als einziges staatliches Organ alle Rechte auf Verwaltung von Literatur und Presse auf sich vereinigte, gehörte auch die Zensur zu seinem Kompetenzbereich. In dem Masse, wie er dann zum volkswirtschaftlichen Organ wurde, gab er spezifisch administrative Funktionen ab, darunter auch die Zensur. Von

den Politabteilungen des Gosizdat ging die Zensur an den Glawlit beim Narkompros über, der laut Beschluss des SNK (*Rat der Volkskommissare*) vom 6. Juni 1922 gegründet wurde (für den erkrankten Lenin unterschrieb Rykow). So ist der 6. Juni 1922 als Gründungstag der offiziellen Zensur anzusehen (die faktische Zensur war schon mit dem «Erlass über die Presse» eingeführt worden).

«Glawlit» bedeutete übrigens damals «Hauptverwaltung Literatur und Kunst» (vergl. «Kleine Sowjet-Enzyklopädie», 1. Auflage, Moskau 1929, Band 2). Heute bezeichnet «Glawlit» die «Hauptverwaltung Wahrung der Staats- und Militärgheimnisse in der Presse beim Ministerrat der UdSSR».

Wie der Beschluss von 1922 in Paragraph 2 ausführte, oblag dem Glawlit «die vorgängige Durchsicht aller zur Veröffentlichung und Verbreitung bestimmten Werke im Manuskript und gedruckt, in Form von periodischen und nicht periodischen Publikationen, Photos, Illustrationen, Karten usw.». Ausgenommen wurden im Beschluss jene Publikationen, die damals von der

Vorzensur befreit waren (alle Veröffentlichungen von Partei und Staat sowie wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie der Wissenschaften).

Am 2. Dezember 1922 veröffentlichte das «Bulletin offizieller Verordnungen und Mitteilungen des Narkompros» in seiner Nr. 1 eine «Instruktion des Glawlit an seine lokalen Organe». Wir zitieren daraus:

«Paragraph 1: Der Glawlit und seine lokalen Organe führen alle Arten der Zensur aus: militärische, politische, ideologische usw.» (die Zensur der Kunst ist hier nicht erwähnt; doch wird dies in der späteren Rotationsausgabe der Instruktionen nachgeholt).

Worin die Zensur besteht, wird in Paragraph 7 erklärt; z. B. «in der Nichtzulassung aller Arten von Druckerzeugnissen, die eine uns feindliche Ideologie (in der Rotationsausgabe: «der Arbeiterklasse völlig fremde Ideologie») in den Grundfragen — Öffentlichkeit, Religion, Wirtschaft, Nationalitätenfrage, Kunst usw. — vertreten»; «im Streichen jener Stellen in den Artikeln — Tatsachen, Zahlen, Charakteristiken —, welche die Sowjetmacht und die KP kompromittieren» (in der Rotationsausgabe: «die auf eine Schwächung der Autorität der Sowjetmacht ausgerichtet sind»). «Der Glawlit ist unmittelbar mit dem GPU (*Staatliche Politische Verwaltung, damalige Benennung des Sicherheitsdienstes*) über dessen Politikontrol-Abteilung verbunden; in den jeweiligen lokalen Glawlit-Organen vertritt einer der beiden Adjutanten des Leiters die örtliche GPU-Stelle.»

Dieses Kapitel bringt Beispiele von Streichungen in Gedichtbänden von Sologub, Kusmin und anderen, ferner Beispiele von Publikationsverböten für eine Reihe von Zeitschriften, Almanachen und Büchern (darunter «Die auf Wellen läuft» von Alexander Grin und zwei Bände der Achmatowa). Die (*obersten*) Zensoren sind namentlich aufgeführt, beginnend mit Lebedew-Poljanskij, dem Glawlit-Leiter.

Im Vorwort weisen die Verfasser auf Proteste von Literaten und Wissenschaftlern, wie F. Sologub, des Akademikers I. Pawlow und anderer, gegen die Verbote von privater Verlagstätigkeit hin. Ebenfalls wiedergegeben ist ein Auszug aus einem Brief M. Gorkijs an R. Rolland (1926) über die schwierige Lage der zensierten sowjetischen Literatur.

Ein Gespräch über Ideologie

Diesen Herbst wurde im Westen die Verurteilung des Mathematikers Dr. R. I. Pimenow zu fünf Jahren Verbannung bekannt. Der noch nicht 40jährige Wissenschaftler war schon als Jugendlicher 1949 in eine Nervenheilanstalt eingeliefert worden, nachdem er ein Gesuch um Austritt aus dem Komsomol eingereicht hatte.

1957 stand Pimenow mit einigen Freunden wegen Samisdat-Tätigkeit vor Gericht. Er war angeklagt, Artikel über Ungarn, über Stalin und über das Schicksal Russlands nach der Machtergreifung durch die Kommunisten geschrieben und unter den Studenten des Lenin-grader Bibliothekarischen Instituts eine anti-sowjetische Gruppe zu gründen versucht zu haben. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Lager, aber 1963 wurde er bedingt entlassen. Ein Jahr danach verteidigte er im Mathematischen

▶▶▶

>>>

Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR seine Kandidatur (der Titel «Kandidat der Wissenschaften» ist ein akademischer Grad ohne westliche Entsprechung, aber rangmässig etwa demjenigen eines Privatdozenten zu vergleichen) und 1969 seine Doktor-Dissertation (der Titel «Doktor der Wissenschaften» stellt mehr dar als ein Doktorat im Westen; selbst Universitätsprofessoren erwerben ihn nicht immer). Pimenow, Mitarbeiter im Mathematischen Institut, ist Verfasser von Werken über Geometrie und Raum-Zeit-Strukturen.

Das nachfolgende «Gespräch über Ideologie» brachte die «Chronik» in ihrer Nummer 15 vom 31. August 1970. Es hat amtlichen Charakter. Pimenow war vor seiner Verhaftung vom Sekretär des Leningrader KP-Stadtkomitees, W. A. Medwedew (der natürlich nicht mit dem oppositionellen Biologen Jaurès oder dessen Bruder Roj Medwedew zu verwechseln ist), in den Smolnyi-Palast vorgeladen worden, wo die offensichtlich nach Angaben von Pimenow wiedergegebene Unterredung stattfand. Obwohl der hohe Parteifunktionär sozusagen in der Rolle eines Verhörrichters auftritt, wirkt er in seiner Argumentation unbehaglich und defensiv. Vom Text der «Chronik» bringen wir einen Auszug:

«Sie verstehen, dass wir beide nicht über wissenschaftliche Belange zu sprechen haben. Ihre wissenschaftlichen Erfolge sind ja recht und gut, aber — Sie führen sich gar nicht gut auf.»

Schweigen.

«Eine ganze Kollektion antisowjetischer Literatur hat man bei Ihnen beschlagnahmt.»

«Da war nicht eine einzige Zeile, die einen Aufruf zum Umsturz, zur Schwächung oder zur Unterminierung der Sowjetmacht enthalten hätte.»

«Nun, prozessuale Feinheiten sind nicht meine Sache. Ob diese Literatur antisowjetisch war, wird das Untersuchungsverfahren schon abklären. Jedenfalls aber hat man bei Ihnen eine Kollektion schlechter Literatur beschlagnahmt. Ich befasse mich nicht mit juristischen Feinheiten, ich unterhalte mich mit Ihnen über das Wesen. Woher haben Sie ein solches Interesse an dieser Art von Literatur?»

«Ich kann versuchen, es Ihnen zu erklären. Es geht darum, dass wir, die Wissenschaftler, seit einiger Zeit das Gefühl der persönlichen Sicherheit verloren haben. Die Empfindung der Angst brachte uns zum Nachdenken. Wir standen vor der Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Ursachen dieser Angst auf die Spur zu kommen. Um wissenschaftlich arbeiten zu können, braucht man Gewissheit über das Morgen. Die Bedrohung der persönlichen Sicherheit veranlasst einen, sich mit Politik zu befassen.»

«Was wollen Sie denn? Wenn Sie meinen, wir würden Sie erlauben, dass über alles, was da einem einfällt, geredet und geschrieben wird, so täuschen Sie sich; das wird nie geschehen. Das werden wir nicht zulassen. Ändert eure Ideologie! Wir haben natürlich nicht genügend Kräfte, um alle Leute zu einheitlichem Denken zu zwingen, aber wir haben immer noch Kraft genug, die Leute an Handlungen zu hindern, die uns schaden. Irgendwelche Zugeständnisse in der ideologischen Frage gibt

es niemals. Merken Sie sich das ein für allemal!»

«Ich bin mir nicht bewusst, irgendwann jemals gegen die Interessen des Staates aufzutreten zu sein; ich möchte, dass Sie das im Auge behalten.»

«Das haben auch die Weissgardisten gesagt! Die Staatsinteressen führen alle zur Entschuldigung an. Die Kronstädter Meuterer sagten auch, sie seien für die Sowjetmacht. Aber wir werden es niemandem erlauben, uns hinderlich zu sein. Niemandem erlauben wir, uns zu schaden. Halten Sie sich das vor Augen und revidieren Sie Ihre Weltanschauung!»

Die «Chronik der laufenden Ereignisse»

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieser «eigenartige Begriff» der Machthaber von Legalität und Informationsfreiheit besteht in der Tat und mit dem Fortschreiten der Breschnew-Aera immer ausgesprochener. Die «Chronik» selbst gibt immer wieder an Dutzenden von Beispielen Aufschluss darüber, was mit Leuten geschieht, die an der Verbreitung freier Information beteiligt sind, und insbesondere an Samisdat-Verbreitung. Die Massnahmen reichen von polizeilichen Schikanen aller Art über Entlassungen vom Arbeitsplatz bis zur Einlieferung in Erziehungs- und Straflager, ins Gefängnis oder in die Nervenheilanstalt.

Typisch für die Samisdat-Kopien der «Chronik» ist diese maschinengeschriebene Seite mit handschriftlichen Korrekturen.

Natürlich bringt die Samisdat-Technik sowohl beim Einsammeln von Meldungen (über eine Reihe von Informanten, die jeweils nur das nächste Glied der Kette kennen sollten) als auch bei ihrer Weiterleitung über Kopisten spezifische Schwierigkeiten mit sich.

Die Herausgeber sind sich dieser Probleme bewusst. In Nr. 7 vom 30. April 1969 schrieben sie dazu:

«Die „Chronik“ bemüht sich um grösstmögliche Zuverlässigkeit der mitgeteilten Information. In allen Fällen, in denen über das eine oder andere Ereignis nicht absolute Sicherheit besteht, vermerkt die „Chronik“, dass die fragliche Mitteilung auf Gerüchten gründet. Sie bittet ihre Leser aber, aufmerksam und genau zu sein, wenn sie Information für die „Chronik“ weitergeben.»

Unter diesen Umständen muss das erste Erstauen der Tatsache gelten, dass die «Chronik» nunmehr schon bald drei Jahre lang regelmässig erscheinen konnte.

Das Rätsel der Kontinuität

Die letzte Ausgabe, Nr. 16 in der fortlaufenden Numerierung, kam offenbar mit dem Erscheinungsdatum vom 31. Oktober in Zirkulation (bis entsprechende Kopien ins Ausland gelangen, vergehen üblicherweise einige Wochen). Die Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, dass es sich um die letzte Ausgabe im absoluten Sinn handeln könnte, aber allein schon die bisher bewiesene Kontinuität ist ein Phänomen, das geradezu rätselhaft anmutet. In der gegebenen Zeitspanne hat die «Chronik» ihr Informationsmaterial jedenfalls geographisch verbreitert. Hatten sich die Nachrichten ursprünglich fast ausschliesslich auf Moskau und Leningrad bezogen, so werden sie jetzt auch aus Kiew, Gorkij, baltischen Städten und aus andern Orten vermittelt. Das zeigt, dass die «Chronik» auch ausserhalb der grössten Zentren ihr Leser hat, mit denen ein Informationsaustausch stattfindet.

Es leuchtet ein, dass es der Polizei relativ schwerfallen muss, eine vereinzelt Samisdat-Veröffentlichung, der sie im Verbreitungsstadium des beliebigen Kopierens gewahr wird, zum ursprünglichen Herausgeber zurückzuverfolgen,

(Fortsetzung auf Seite 6)

и др. и за некоторые другие «идеологические» проступки. Приводились фамилии некоторых людей, уволенных с работы. За это время число людей, подвергнутых тем или иным репрессиям или взысканиям, увеличилось. Далее следует список с указанием причин и характера репрессии. Например: письмо 170, 80, приостановлено, утраченное, Новосибирск — наказы после процесса, говорят о нарушении гласности и законности; письмо 120 — в защиту Александра ГИНСЕНТА; письмо 99 — в защиту Александра КОШКИНА. В указании причин репрессий выделены и письма, отправленные до процесса: письмо 116 — с требованием гласности и открытого доступа на процесс; письмо 44 — требующее открытого процесса в связи с распространением слухов, что процесс будет официально закрытым; письмо 81 — требующее бесповоротности за судьбу Александра ГИНСЕНТА в условиях возможных нарушенной законности и отсутствия гласности.

1. Юрий АЛЕКСАНДРОВ, поэт, переводчик, преподаватель русского языка и литературы в школе, ученик сталинских лагерей, реабилитирован, письмо 170, уволен по ст. 49 КЗоТ, восстановлен на работе после обращения в суд.

2. Алла АЛЕКСАНДРОВА, студентка I курса историко-филологического факультета Педагогического института, письма 116, 170, исключена из комсомола и из интеллигенции.

3. Игорь АЛЕКСЕЕВ, преподаватель философии, Новосибирский уни-т, письмо Новосибирцев, партийный строгий выговор.

4. Людмила АЛЕКСЕЕВА, историк, редактор кад-ва «Наука», письма 116, 44, 80, исключена из партии райкомом КПСС заочно, уволена с работы за «профнепригодность», обратилась в суд.

5. Николай АНДРОНОВ, художник, письмо 120, партийный строгий выговор.

6. Павел АНТОКСЬЯНИН, поэт, член СП, писательское письмо, партийный строгий выговор.

7. АРХАНГЕЛЬСКИЙ, доктор физико-математических наук, профессор МГУ, письмо 99, партийный строгий выговор.

8. Борис БАЙТЕР, прозаик, член СП, писательское письмо, партийный строгий выговор.

9. Михаил БЕВЕНСКИЙ, математик, Киев, украинское письмо, увольнение «по собственному желанию».

10. Людмила БЕЛОВА, кандидат философских наук, Ин-т истории искусств, письмо 80, исключена из парт-